

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1158 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates

– Drucksache 20/3447 –

Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates

Die Bundesregierung äußert sich zur Stellungnahme des Bundesrates wie folgt:

Zu Buchstabe a (Grundsätzliche Unterstützung der Zielsetzung von Gesetzentwurf und Richtlinie)

Die Bundesregierung nimmt dies zur Kenntnis.

Zu Buchstabe b (benutzerfreundlichere Gestaltung des Pflegezeitgesetzes und des Familienpflegezeitgesetzes)

Die Bundesregierung beabsichtigt, im Hinblick auf die im Koalitionsvertrag vereinbarte Weiterentwicklung des Pflegezeitgesetzes und des Familienpflegezeitgesetzes die Zusammenführung beider Gesetze konkret in den Blick zu nehmen.

